

**Die Mannheimer Corona-Studie:
Gesellschaftliche Akzeptanz politischer Maßnahmen
und befürchtete Konsequenzen für die Wirtschaft**

Autoren:

Sebastian Juhl, Roni Lehrer, Annelies G. Blom, Alexander Wenz, Tobias Rettig, Maximiliane Reifenscheid, Elias Naumann, Katja Möhring, Ulrich Krieger, Sabine Friedel, Marina Fikel, Carina Cornesse



Die Mannheimer Corona-Studie

Wir alle in Deutschland sind von der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Maßnahmen betroffen. An der Universität Mannheim haben wir in den vergangenen acht Jahren ein Instrument entwickelt, mit dem wir kurzfristig die gesellschaftliche Lage in Deutschland erfassen und untersuchen können.

Unseres Wissens nach sind wir die Einzigen, die tagesaktuell erheben können, wie die Corona-Krise das Leben der Menschen in Deutschland beeinflusst. Deshalb sehen wir es als unsere gesellschaftliche Pflicht, dazu beizutragen, den Einfluss der Corona-Krise auf die Bevölkerung besser zu verstehen und die Öffentlichkeit sowie Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft täglich über die die Entwicklungen zu informieren.

Die Mannheimer Corona-Studie ist am Freitag, dem 20. März, gestartet. Die Studie wird täglich erhoben und berichtet über das Leben in Deutschland in der Corona-Krise. Dabei untersuchen wir sowohl sozial-/wirtschaftliche Aspekte (z.B. Kinderbetreuung, Arbeitssituationen und verfügbares Einkommen), als auch den Einfluss politischer Maßnahmen auf soziale Interaktionen, Ängste, sowie die gesellschaftliche Akzeptanz der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. An der Studie nehmen täglich zwischen 8 und 567 (im Durchschnitt 469) Befragte teil.

Informationen zur Methodik der Mannheimer Corona-Studie finden Sie am Ende dieses Berichts. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Webseite:

<https://www.uni-mannheim.de/gip/corona-studie>.

Inhalt dieses Berichts

In diesem Wochenbericht geht es uns um politische Maßnahmen, die in Deutschland bereits ergriffen wurden oder noch ergriffen werden können, um die Verbreitung des Coronavirus spürbar einzudämmen. Insbesondere gehen wir den Fragen nach, ob die ergriffenen Maßnahmen erfolgreich private soziale Kontakte reduzieren konnten und wie hoch die Akzeptanz ausgewählter Maßnahmen in der deutschen Bevölkerung ist. Darüber hinaus ermitteln wir, inwiefern die Bürger*innen die gewählten Mittel für angemessen halten und ob sie den damit einhergehenden wirtschaftlichen Schaden für zu hoch halten.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Menschen in Deutschland ihre privaten sozialen Kontakte seit dem Inkrafttreten der ersten Maßnahmen deutlich reduziert haben. Die Mehrheit der Deutschen verzichtete in der letzten Woche komplett auf private Kontakte außerhalb des

eigenen Haushaltes. Ferner beobachten wir eine enorme Zustimmung in der Bevölkerung für weitreichende Maßnahmen wie Grenzschließungen und Versammlungsverbote. Eine allgemeine Ausgangssperre wird dabei kritischer bewertet. Mit Blick auf die wirtschaftlichen Folgen stellen wir fest, dass eine Mehrheit der Menschen in Deutschland den gesellschaftlichen Nutzen der ergriffenen Maßnahmen höher erachten als die wirtschaftlichen Kosten. Insgesamt ist zu erkennen, dass aktuell viele der teils drastischen Maßnahmen, trotz der negativen Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft, als angemessen wahrgenommen werden.

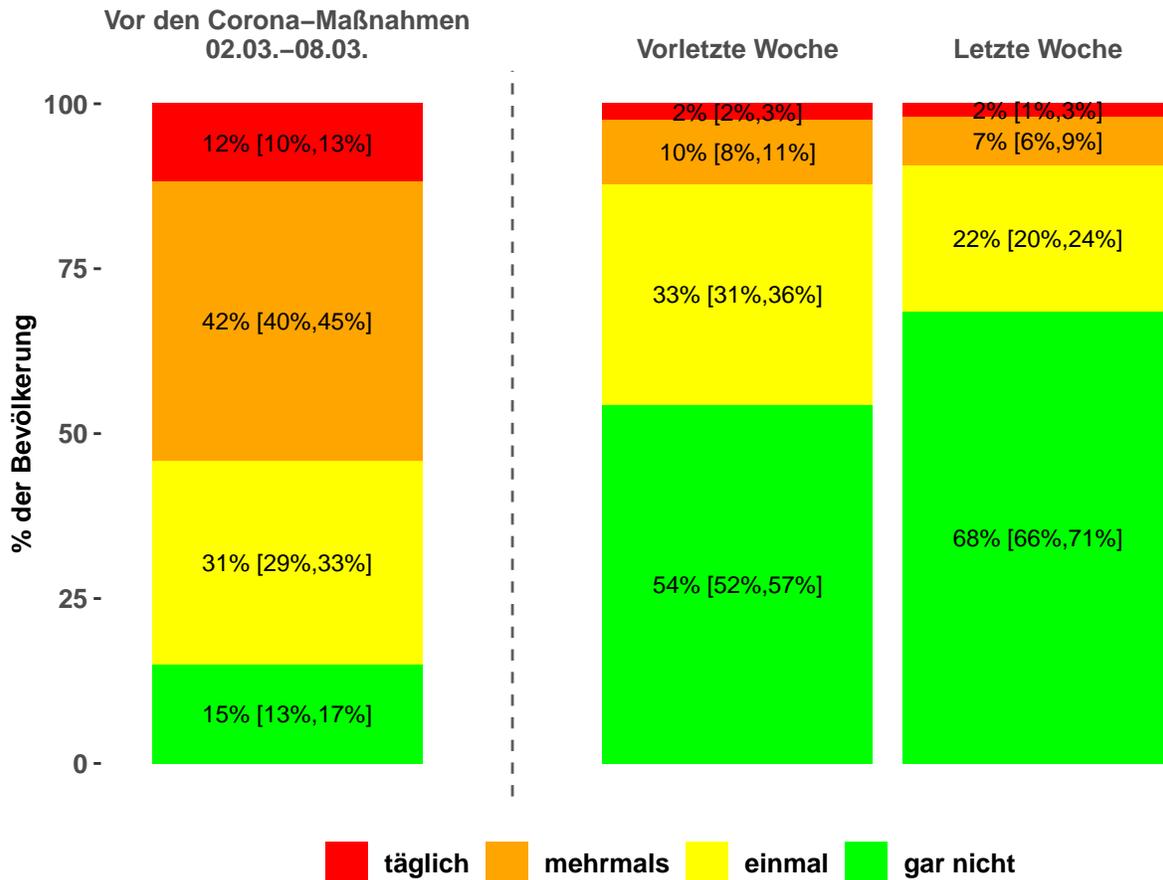
1 Verringern die Corona-Maßnahmen physische Begegnungen zwischen den Menschen in Deutschland?

Seit Wochen rufen Experten und Politiker*innen die Menschen in Deutschland dazu auf, wenn möglich zu Hause zu bleiben und Begegnungen mit anderen Menschen zu meiden. Um dies zu erreichen, wurden in den letzten Wochen bisher nie dagewesene Maßnahmen ergriffen, die einen Großteil des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft in Deutschland lahmlegen. Doch führen diese Appelle und Maßnahmen auch dazu, dass sich in Deutschland weniger begegnet wird oder sind dafür weitreichendere Maßnahmen, wie sie in einigen Nachbarländern bereits ergriffen wurden, erforderlich?

Um dies herauszufinden, haben wir die Studienteilnehmer*innen gefragt, wie häufig sie sich jeweils in der Woche bevor die ersten Corona-Maßnahmen inkrafttraten (2.-8. März), in der Woche vor dem Beginn der Mannheimer Corona-Studie und in den letzten sieben Tagen privat mit Freunden, Familie oder Arbeitskolleg*innen getroffen haben. Die Ergebnisse rechnen wir für die erwachsene Bevölkerung in Deutschland hoch.

Abbildung 1 zeigt, wie sehr sich die Häufigkeit privater physischer Begegnungen in Deutschland innerhalb dieses Zeitraums verändert hat. Die zu drei Säulen gestapelten Kästen links (vor den Corona-Maßnahmen), in der Mitte (in der Woche vor Studienbeginn) und rechts (in der letzten Woche) stellen die Häufigkeit von physischen Kontakten zu anderen Personen dar. Je höher einer dieser Kästen, desto mehr Personen zeigen dieses Verhalten. Die Prozentwerte in den Kästen geben den Anteil der Menschen in Deutschland an, die sich der entsprechenden Kategorie zuordnen lassen. In Klammern stehen die Grenzen des 95%-Fehlerintervalls, das angibt, in welchem Bereich die Ergebnisse 95% aller möglichen Stichproben, die man theoretisch ziehen könnte, erwartet werden.

Abbildung 1: Häufigkeit von Treffen mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen pro Woche



Anmerkungen zur Abbildung:
 Fragetexte: Wie oft haben Sie sich in der Woche vom 2.–8. März, also in der Woche bevor die ersten Corona-Maßnahmen in Kraft traten, mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen getroffen?; Und wie oft haben Sie sich in den vergangenen 7 Tagen mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen getroffen?
 Antwortmöglichkeiten: gar nicht, einmal in dieser Woche, mehrmals in dieser Woche, täglich oder mehrmals am Tag, weiß nicht

Die Daten spiegeln eine grundlegend veränderte Realität wider, in der die Menschen persönliche Kontakte stark eingeschränkt haben. Es ist deutlich zu erkennen, dass die Häufigkeit privater sozialer Kontakte über die Zeit hinweg abnimmt. Bereits direkt nach Inkrafttreten der ersten Maßnahmen lässt sich eine starke Abnahme privater sozialer Kontakte feststellen. Eine Woche später setzt sich dieser Trend fort. Diese Entwicklung ist ein deutliches Indiz für die Wirksamkeit der bisher durch die Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie.

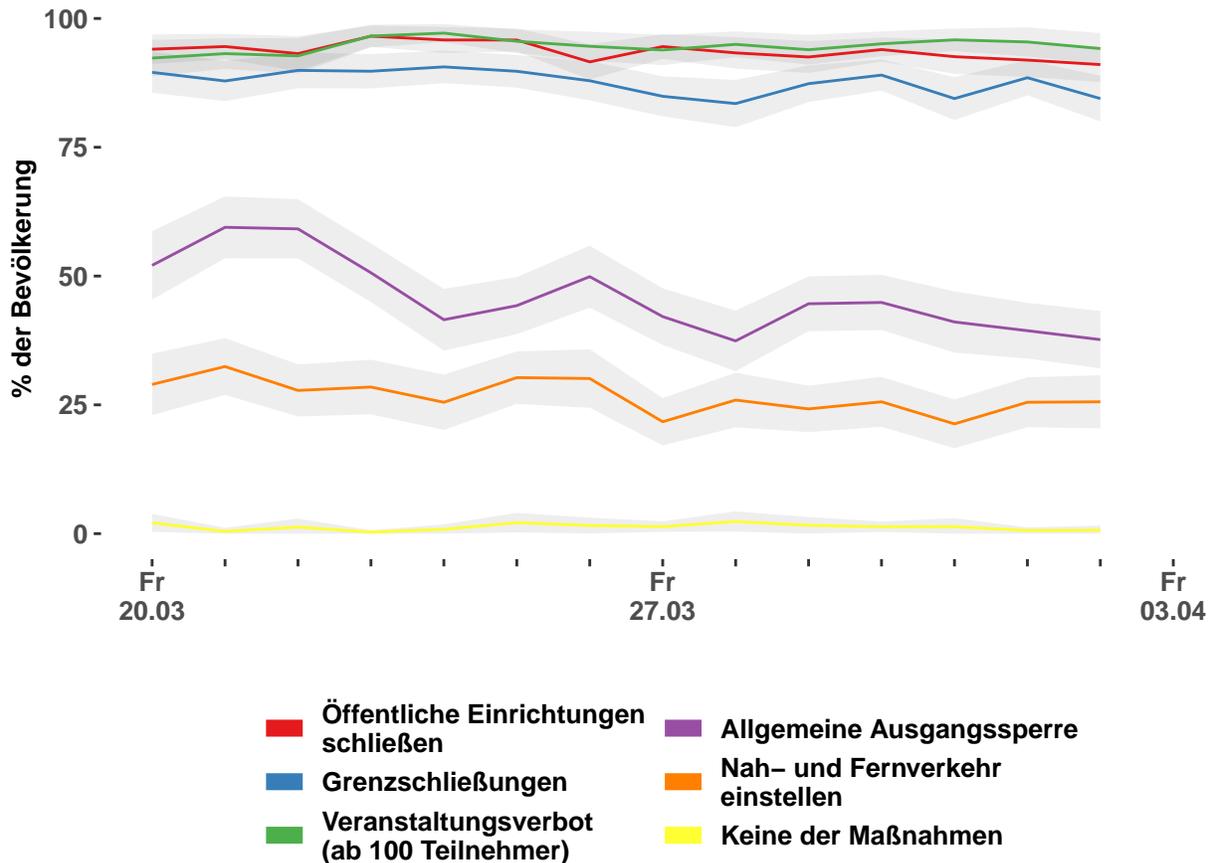
2 Welche Maßnahmen halten die Menschen in Deutschland momentan für angemessen?

In der Öffentlichkeit werden immer wieder verschiedene und teilweise weitreichende Maßnahmen diskutiert, die ergriffen werden können, um die Verbreitung des Coronavirus weiter einzudämmen. Während einige bereits ergriffen wurden und immer wieder vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen neu bewertet werden müssen, sind andere bislang nicht ergriffen worden.

Allerdings erfordert die Wahl der geeigneten Mittel eine schwierige Abwägung von Interessen, denn die effektivsten Maßnahmen erfordern massive Eingriffe in das Leben und die Rechte der Bürger*innen. Zudem ist fraglich, wie lange die Menschen in Deutschland gewillt sind, deutliche Einschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens hinzunehmen. Gerade in Demokratien ergibt sich daraus das klassische Dilemma zwischen Sicherheit und individueller Freiheit. In der aktuellen Krisensituation müssen politische Entscheidungsträger*innen daher jeden Tag aufs Neue einen Balanceakt zwischen dem Kampf gegen die Verbreitung des Coronavirus und der gesellschaftlichen Akzeptanz der gewählten Mittel vollbringen. Denn ohne gesellschaftliche Akzeptanz sind die Maßnahmen politisch kaum durchsetzbar.

Um zu ermitteln, inwiefern die deutsche Bevölkerung bereit ist, auf gewohnte Freiheitsrechte – zumindest kurzfristig – zu verzichten, um die Corona-Pandemie zu bekämpfen, haben wir unseren Befragten eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen und sie gebeten anzugeben, welche der Maßnahmen sie aktuell für angemessen halten.

Abbildung 2: Anteil der Bevölkerung, der bestimmte Maßnahmen am Tag der Befragung befürwortet



Anmerkungen zur Abbildung:
 Fragetext: In Deutschland werden und wurden zur Eindämmung der Corona-Pandemie verschiedene Maßnahmen diskutiert und ergriffen. Wir möchten nun von Ihnen wissen, was Sie von bereits beschlossenen Maßnahmen als auch von möglichen zukünftigen Maßnahmen halten. Welche der folgenden Maßnahmen halten Sie in der heutigen Situation für angemessen?
 Antwortmöglichkeiten: Schließung öffentlicher Einrichtungen (z.B. Universitäten, Schulen und Kindergärten), Schließung der Landesgrenzen für Reisende, Verbot von Veranstaltungen mit mehr als 100 Teilnehmern, Allgemeine Ausgangssperre, Einstellung des Nah- und Fernverkehrs, Ich halte keine dieser Maßnahmen in der heutigen Situation für angemessen (Mehrfachnennungen waren möglich).

Abbildung 2 zeigt den Anteil der Bevölkerung, der am jeweiligen Tag die einzelnen Maßnahmen für angemessen hält. Jede der abgefragten Maßnahmen ist dabei durch eine eigene Linie gekennzeichnet. Der grau hervorgehobene Bereich um die Linien gibt die statistische Unsicherheit (95%-Konfidenzintervalle) an, die sich daraus ableitet, dass lediglich eine zufällig ausgewählte Stichprobe der deutschen Bevölkerung befragt wurde.

Zunächst fällt auf, dass eine überwältigende Mehrheit der Deutschen Maßnahmen, wie die Schließung der Grenzen und Veranstaltungsverbote, die einen massiven Eingriff in die verbrieften Rechte der EU-Bürger*innen darstellen, für angemessen hält. Trotz des 1985 unterzeichneten Schengener Abkommens, das eine umfassende Mobilität über Landesgrenzen

hinweg ermöglicht, halten fast alle deutschen Bürger*innen Grenzschießungen angesichts der Corona-Krise für erforderlich. Auch das Verbot von Veranstaltungen ab 100 Teilnehmern wird fast einstimmig befürwortet, obwohl die Versammlungsfreiheit in Artikel 8 des deutschen Grundgesetzes festgeschrieben ist.

In diesem Zusammenhang ist es allerdings wichtig zu betonen, dass auch das Grundgesetz Einschränkungen des Versammlungsrechts ausdrücklich vorsieht. So kann der Staat zeitweise Versammlungen untersagen, um seiner Pflicht zum Schutz von Leib und Leben seiner Bürger*innen nachkommen zu können. Trotzdem ist diese breite öffentliche Zustimmung für eine so weitreichende Maßnahme durchaus bemerkenswert.

Auch ist die fast einhellige Zustimmung zum Schließen öffentlicher Einrichtungen beachtlich, da die kontrovers diskutierte Schließung von Betreuungseinrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen zu dieser Maßnahme zählt. Obwohl die Betreuung der Kinder eine große Herausforderung darstellt, da sie – wie unter anderem die Mannheimer Corona-Studie zeigt – vornehmlich von Personen im eigenen Haushalt übernommen wird, herrscht eine große Zustimmung für diese Maßnahme in der Bevölkerung vor.

Insbesondere mit Blick auf das Kontaktverbot, das am 22. März von in einer Telefonkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsident*innen der Länder beschlossen wurde, ist die relativ hohe Zustimmung zu der noch strengeren Maßnahme der allgemeinen Ausgangssperre interessant. Im Vorfeld der Telefonkonferenz wurde immer wieder über eine mögliche Ausgangssperre diskutiert, die eine noch drastischere Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Bürger*innen darstellen würde. Unsere Ergebnisse zeigen, dass fast die Hälfte der Bevölkerung selbst diese noch schärfere Maßnahme als angemessen erachtet. Allerdings ist ein abfallender Trend der Zustimmung im Zeitverlauf und insbesondere seit Inkrafttreten des Kontaktverbots zu konstatieren.

3 Ist der wirtschaftliche Schaden größer als der gesellschaftliche Nutzen?

Um das neuartige Coronavirus effektiv eindämmen zu können, wird in ganz Deutschland – aber auch weltweit – das gesellschaftliche Leben massiv heruntergefahren. Die Maßnahmen, die von Regierungen ergriffen werden, zielen insbesondere auf die Verringerung sozialer Kontakte ab. Dadurch soll die Ausbreitung des Virus so weit verlangsamt werden, dass die Kapazitäten der Krankenhäuser ausreichen und die nationalen Gesundheitssysteme nicht unter einem schnellen Anstieg schwerer Krankheitsverläufe kollabieren.

Die Kehrseite dieser Maßnahmen ist jedoch, dass sie die Wirtschaft stark beeinträchtigen. Auch die beachtlichen finanziellen Hilfen, die die Bundesregierung und die Landesregierungen für Unternehmen bereitstellen, werden vermutlich nicht alle Unternehmen vor der Insolvenz bewahren können. Bereits jetzt zeichnet sich ein deutlicher Anstieg der Kurzarbeit und der Arbeitslosenquote ab. Auch der Sachverständigenrat der Bundesregierung prognostiziert, je nach weiterem Verlauf der Corona-Pandemie, einen deutlichen Rückgang der deutschen Wirtschaftsleistung.

Eines scheint indes klar: Je länger die Corona-Pandemie anhält und je härter das gesellschaftliche Leben durch die Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus beeinträchtigt ist, desto größer und weitreichender ist der wirtschaftliche Schaden. Die Schwierigkeit besteht daher darin, die Maßnahmen so abzuwägen, dass sie die weitere Ausbreitung des Virus möglichst schnell und effizient verlangsamen ohne jedoch dabei die Wirtschaft längerfristig zu sehr zu schaden.

Mit zunehmender Dauer der Pandemie drängt sich daher die Frage auf, wie lange die wirtschaftlichen Konsequenzen hinnehmbar sind, um das Virus zu bekämpfen. Dabei wird in den Medien bislang insbesondere die Meinung von Politiker*innen und Wirtschaftsvertretern wiedergegeben. Mit unserer Studie können wir dieses Bild erweitern und herausfinden, was die Menschen in Deutschland über das Verhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Nutzen und den wirtschaftlichen Konsequenzen denken.

Abbildung 3: Anteil der Menschen in Deutschland, die den wirtschaftlichen Schaden der Maßnahmen höher einschätzen, als ihren gesellschaftlichen Nutzen

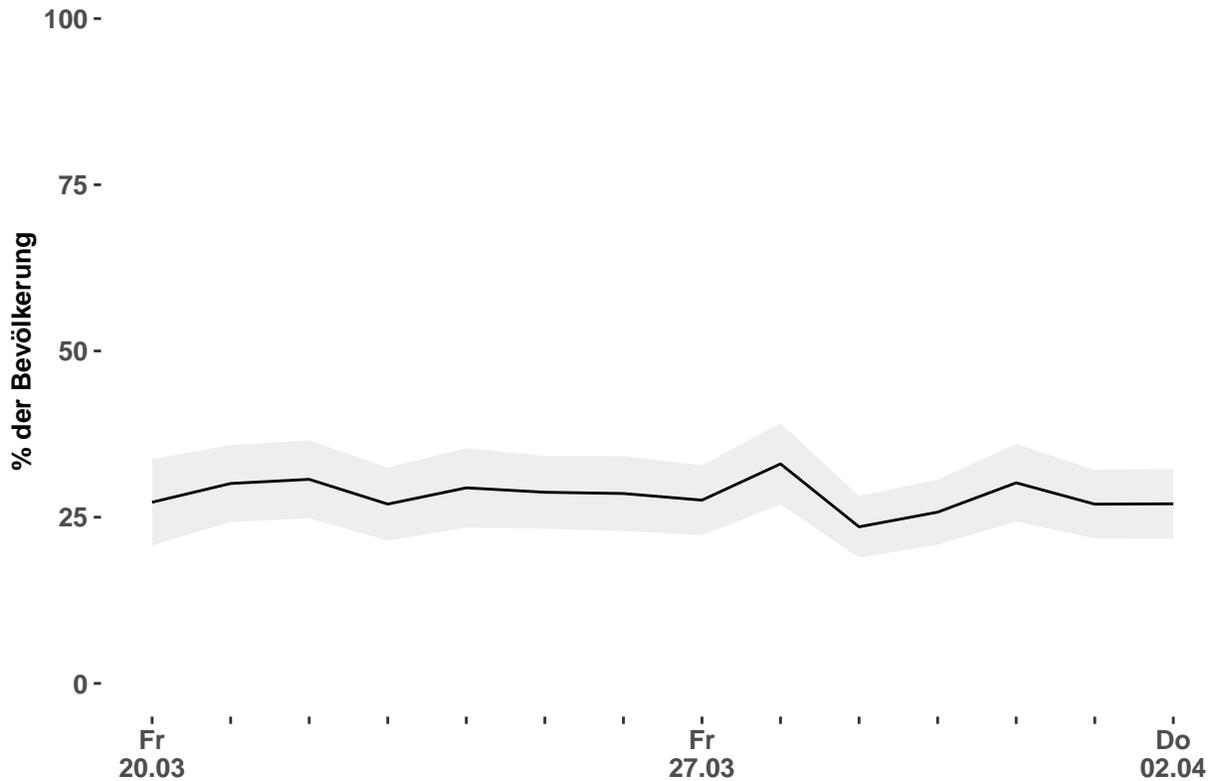


Abbildung 3 zeigt den Anteil der Menschen in Deutschland, die den Schaden für die deutsche Wirtschaft als höher einschätzen, als den gesellschaftlichen Nutzen der Maßnahmen. Dabei gehen wir davon aus, dass Befragte, die auf einer Skala von 1 (“Der gesellschaftliche Nutzen ist größer als der wirtschaftliche Schaden.”) bis 7 (“Der wirtschaftliche Schaden ist größer als der gesellschaftliche Nutzen.”) mit mindestens 5 antworten, der Meinung sind, der wirtschaftliche Schaden der Maßnahmen übersteige ihren gesellschaftlichen Nutzen. Auch hier gibt der grau schattierte Bereich die statistische Unsicherheit an.

Die Ergebnisse zeigen, dass eine Mehrheit der Menschen in Deutschland, trotz der befürchteten negativen wirtschaftlichen Konsequenzen, den Nutzen der bislang ergriffenen Maßnahmen für die Gesellschaft höher einschätzt als den dadurch verursachten Schaden. Über die gesamte Zeit der Studie hinweg schätzen nur circa 25% der Menschen in Deutschland den wirtschaftlichen Schaden als höher ein.

Zusammenfassend betrachtet ergibt sich aus unserer Studie ein klares Bild über die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu den getroffenen Maßnahmen. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass selbst weitreichende Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie aktuell als angemessen erachtet werden. Obwohl die deutsche Wirtschaft unter den Teils weitreichen-

den Einschränkungen des öffentlichen Lebens leidet, hält eine Mehrheit der Bevölkerung den Nutzen dieser Maßnahmen angesichts der Bedrohung durch die Corona-Pandemie für höher als den dadurch entstehenden wirtschaftlichen Schaden. Diese Einschätzung erlaubt es den politischen Entscheidungsträger*innen, für Demokratien ungewöhnlich drastische Einschränkungen individueller Freiheitsrechte durchzusetzen.

Allerdings ist fraglich, wie lange diese Einschätzung in der Bevölkerung vorhalten wird. In den nächsten Wochen werden wir die Entwicklung weiter genau beobachten, um Veränderungen im Meinungsbild präzise nachvollziehen zu können.

Die Methodik der Mannheimer Corona-Studie

Die Mannheimer Corona-Studie baut auf der Methodik und Infrastruktur des German Internet Panels (GIP) auf. Genau wie das GIP wird auch die Corona-Studie von Prof. Dr. Blom geleitet, vom GIP-Team durchgeführt und die Fragebögen gemeinsam mit Wissenschaftler*innen am Sonderforschungsbereich (SFB) 884 „Politische Ökonomie von Reformen“ entwickelt.

Stichprobe

Die Stichprobe des GIP wurde für die Corona-Studie in acht zufällige Substichproben unterteilt. Die Substichproben 1-7 wurden jeweils einem anderen Wochentag zugeordnet, eine achte Stichprobe dient als Kontrollgruppe und wird in der Corona-Studie nicht befragt.

Tägliche Befragungen

An jedem Wochentag erhält eine der Substichproben 1-7 per E-Mail eine Einladung zur Tagesstudie. Die angeschriebenen GIP-Teilnehmer*innen haben dann 48 Stunden Zeit, sich an der Tagesstudie zu beteiligen. Sie werden aber ermutigt, immer genau an dem ihnen zugeordneten Wochentag, also innerhalb der ersten 24 Stunden, teilzunehmen.

Die Ergebnisse werden tagesbezogen dargestellt. Das heißt Personen, die direkt am gleichen Tag (z.B. Montag) antworten, werden in der Analyse auch diesem Tag (Montag) zugeordnet. Antworten von Personen derselben Substichprobe, die erst am nächsten Tag (Dienstag) teilnehmen, werden zusammen mit den an diesem Tag (Dienstag) erhaltenen Antworten der nächsten Substichprobe analysiert. Auf diese Weise wird dafür Sorge getragen, dass Verzerrungen minimiert werden, da in jeder Tagesanalyse sowohl frühe Befragte enthalten sind, als auch Teilnehmer*innen, die etwas mehr Zeit benötigen.

Innerhalb einer Woche bleibt der Fragebogen genau gleich. Auch über die Wochen hinweg, versuchen wir die Fragebögen konstant zu halten, um eine tägliche Fortschreibung der Ergebnisse über einen möglichst langen Zeitraum zu erlauben. Um allerdings auch tiefergehende Schwerpunktanalysen zu ausgewählten Themen durchführen zu können und unvorhergesehene Ereignisse abzudecken, wird der Fragebogen jede Woche evaluiert und für die nächste Woche aktualisiert.

Studieninhalte

Die Mannheimer Corona-Studie untersucht folgende Themengebiete:

- Berufliche Veränderungen (z.B. Homeoffice, Freistellung, Job-Verlust), die im Zusammenhang mit der Corona-Krise stehen
- Durch die Corona-Krise induzierte finanzielle Engpässe
- Die Betreuungssituation von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren vor und während der Corona-Krise
- Zufriedenheit mit der Arbeit ausgewählter Politiker
- Einstellungen zu demokratischen Verfahren in der Corona-Krise
- Häufigkeit sozialer Kontakte
- Einstellungen zu den Kosten und dem Nutzen verschiedener politischer Maßnahmen
- Persönliche Betroffenheit durch das Corona-Virus und entsprechende Risikoeinschätzungen
- Gefühle der Angst, Beunruhigung und Angespanntheit

Gewichtung und Repräsentativität

Keine wissenschaftliche Studie im Bereich der Sozial- und Wirtschaftsforschung, die etwas auf sich hält, wird grundsätzlich von sich behaupten, bevölkerungs-repräsentativ zu sein. Während kommerzielle Institute gerne behaupten repräsentative Daten zu erheben, versucht die Wissenschaft im Allgemeinen den Begriff der Repräsentativität zu vermeiden.

Selbstverständlich haben hochwertige wissenschaftliche Studien aber den Anspruch der Repräsentativität möglichst nahe kommen. Daher versuchen sie mit Hilfe von Zufallsstichproben der allgemeinen Bevölkerung, sorgfältig durchgeführter Implementierung und wissenschaftlichen Gewichtungsverfahren die Grundgesamtheit möglichst genau abzubilden. Auch die Mannheimer Corona-Studie im German Internet Panel verfolgt dieses Berufsethos.

Für die Analysen der Corona-Studie haben wir außerdem detaillierte Gewichte berechnet. Dazu wurde ein zweistufiges Gewichtungsverfahren durchgeführt:

In der ersten Stufe wurde ein Response-Propensity-Gewicht berechnet, welches die Eigenschaften der Teilnehmer*innen der Corona-Studie auf die GIP-Gesamtstudie hochrechnet. Dabei wurden folgende Eigenschaften berücksichtigt: Berufstätigkeit und beruflicher Sektor.

In der zweiten Stufe wurde ein Raking-Gewicht berechnet, welches zusätzlich die Eigenschaften der Teilnehmer*innen der Corona-Studie auf die deutsche Bevölkerung (laut Mikrozensus)

hochrechnet. Dabei wurden folgende Eigenschaften berücksichtigt: Alter, Geschlecht, Familienstand, höchster Schulabschluss, Haushaltsgröße und Bundesland.

Fehlende Werte in den Gewichtungsmerkmalen wurden über einen Chained-Equations-Algorithmus imputiert. Das finale Gewicht wurde für Werte > 4 und Werte $< 1/4$ getrimmt.

Weitere methodische Informationen

Allgemeine Informationen zur Methodik des GIP, inklusive der Stichprobenziehung und Implementierung, finden Sie hier:

<https://www.uni-mannheim.de/gip/fuer-datennutzer/methodik>.

Finanzierung

Die Mannheimer Corona-Studie wird im Rahmen des GIP am Sonderforschungsbereich (SFB) 884 “Politische Ökonomie von Reformen” von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert. Die beteiligten Wissenschaftler*innen gehören dem SFB 884 an und werden ebenfalls mehrheitlich von der DFG finanziert. Weder die Corona-Studie noch das GIP im Allgemeinen verfolgen wirtschaftliche oder politische Interessen jedweder Art.

Haftungsausschluss

Die Autoren dieses Berichts und alle an der Mannheimer Corona-Studie beteiligten Wissenschaftler*innen geben ihr Bestes, Ergebnisse zeitnah, in verständlicher Form und korrekt zur Verfügung zu stellen. Dennoch kann es natürlich zu unbeabsichtigten Fehlern und Missverständnissen kommen. Alle Ergebnisse sind daher ohne Gewähr, wir übernehmen für ihre Richtigkeit keine Haftung.